



SPD-Fraktion
im Rat der Stadt
Wuppertal



CDU-Fraktion im Rat
der Stadt Wuppertal



FDP-Fraktion im Rat
der Stadt Wuppertal



Ratsgruppe Freie
Wähler im Rat der
Stadt Wuppertal

Herrn Oberbürgermeister
Uwe Schneidewind
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Gemeinsamer Antrag

Datum 06.06.2023

Drucks. Nr. **VO/0569/23**
öffentlich

Zur Sitzung am 12.06.2023 13.06.2023	Gremium Hauptausschuss Rat der Stadt Wuppertal
--	--

Resolution zur „Münsteraner Erklärung“ des Städte- und Gemeindebundes NRW – Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und der Ratsgruppe FREIE WÄHLER vom 06.06.2023

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und die Ratsgruppe FREIE WÄHLER beantragen,
der Rat der Stadt Wuppertal möge beschließen:

1. Der Rat der Stadt Wuppertal begrüßt die Inhalte und Forderungen der am 11. Mai 2023 vom Präsidium des Städte- und Gemeindebundes NRW verabschiedeten „Münsteraner Erklärung“.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Erklärung sowie die darin enthaltenen wesentlichen Punkte und Forderungen den für unsere Stadt Wuppertal zuständigen Abgeordneten des Landtages, des Bundestages sowie des Europaparlaments umgehend und in geeigneter Weise zu übermitteln und dabei deutlich zu machen, dass die Beantwortung der drängenden Fragen der Kommunen keinen weiteren Aufschub dulden und nicht erst im November durch die Bundesregierung beantwortet werden dürfen.

Begründung:

Wer verfolgt wird und unseren Schutz benötigt, dem werden wir in Wuppertal zur Seite stehen. Vor allem der Bund – aber auch das Land – müssen dennoch dringend

handeln, denn die Schere zwischen den humanitären Verpflichtungen und den faktischen Möglichkeiten geht immer weiter auseinander.

Unterkünfte und Wohnraum werden knapp, Kitas und Schulen sind stark belastet und freie Plätze in Sprach- und Integrationskursen sind kaum zu bekommen.

Bei uns vor Ort sehen die Menschen, ob der Staat handlungsfähig ist. Um die Handlungsfähigkeit nicht zu gefährden und die gesellschaftliche Akzeptanz zu erhalten, braucht es eine Neuausrichtung der Migrationspolitik.

Die Kriterien für die Neuausrichtung der Migrationspolitik bringt die von den Präsidiumsmitgliedern des Städte- und Gemeindebundes NRW – ohne Gegenstimme angenommene – „Münsteraner Erklärung“ in zehn Punkten zum Ausdruck:

1. Klare Regulierung der Einwanderung
2. Gerechte Verteilung und Schutz der EU-Außengrenzen
3. Ausweitung der Aufnahmekapazitäten in Bund und Land
4. Rückführung von Personen ohne Bleibeperspektive
5. Vollständige Kostenerstattung
6. Mehr Wohnraum, mehr Kita- und Schulplätze, mehr Integration
7. Standardabbau und Entbürokratisierung
8. Harmonisierung der Integrations- und Sozialleistungen
9. Zahlung einer Integrationspauschale
10. Bedarfsorientierte Weiterentwicklung der Arbeitsmigration

Auch der Rat der Stadt Wuppertal schließt sich den Kriterien für eine Neuausrichtung der Migrationspolitik an und appelliert an Land, Bund und die EU, die Kommunen stärker zu unterstützen und für eine gerechte Verteilung zu sorgen.

Mit freundlichen Grüßen

Caroline Lünenschloss und Ludger Kineke

CDU-Fraktionsvorsitzende

Alexander Schmidt

FDP-Fraktionsvorsitzender

Klaus Jürgen Reese

SPD-Fraktionsvorsitzender

Ralf Wegener

Ratsgruppe FREIE WÄHLER

Anlage:

„Münsteraner Erklärung“ des StGB NRW